

Berufliche Bildung für beeinträchtigte Schüler

300 Heilpädagogische Lehrpersonen trafen sich im Heilpädagogischen Zentrum Oberwiesen zur ihrer Jahreskonferenz. Im Zentrum stand die Eingliederung von beeinträchtigten Schülern in den Arbeitsprozess.

WERNER LENZIN

FRAUENFELD. „Es ist unser Ziel, dass die von uns betreuten Schüler nach der Schule einen Platz finden in der Wirtschaft“, begrüßte Konferenzpräsidentin Ursi Geiger ihre Kolleginnen. Diese widmeten sich an ihrer diesjährigen Jahreskonferenz dem Thema „Perspektiven“ und betrachteten an diesem Nachmittag den Bereich „Eingliederung von beeinträchtigten Schülern“ von allen Seiten. Schulpräsident Andreas Wirth machte die Heilpädagogischen Lehrpersonen darauf aufmerksam, dass sich ihr Einsatz lohne und dieser gemessen werde, wie man mit den Schwächsten umgeht.

Überprüfung der Besoldungsgrundlagen

Amtschef Walter Berger beleuchtete den Lehrplan 21, welcher auch als Orientierung für die Sonderschulen gilt. Wichtigste Punkte sind die Zusammenarbeit der Kantone und die Abstimmung des Lehrplans und der Lehrmittel. „Dies erleichtert die Mobilität der Familien mit schulpflichtigen Kindern sowie der Lehrpersonen“, betonte Berger. Vorteile sind auch die Koordination der Weiterbildung von Lehrern, gemeinsame Beurteilungsgrundlagen, die Integration der Grundkompetenzen und die Definition von Mindestansprüchen in allen Fächern führt - so Berger - zu einer klar definierten Verbindlichkeit der Fachlehrpläne. Der Amtschef bezeichnete den Lehrplan 21 als praxisorientiertes Produkt. Die Hoheit der Kantone bleibt bestehen. Hoffnung machen können sich die Lehrpersonen offensichtlich im Bereich Löhne. Gemäss Berger wird eine Projektgruppe das aktuelle Lohnsystem überprüfen und eine Optimierung des bisherigen Systems, insbesondere der Lohnkurve unter die Lupe nehmen. Im Zentrum stehen dabei Punkte wie die Überprüfung der Einreihung von Lehrpersonen und des Instruments der Leistungsprämie. „Bis Januar 2012 muss die Projektgruppe ihren Bericht abliefern und mit dem Beginn des Schuljahres 2013/14 kann mit dem Inkrafttreten der Änderungen gerechnet werden“, versprach Berger. Der Kanton Thurgau zählt wieder vier Prozent mehr Sonderschüler und die Sonderschulquoten liegen 0.05 Prozent unter dem schweizerischen Schnitt.

Ein Drittel findet eine Lösung

„Die berufliche Integration beginnt mit der beruflichen Bildung für alle“, forderte Susi Aeschbach vom Nationalen Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderung. Sie konnte aufzeigen, dass ein Drittel der Praktischen Ausbildungs-Absolventen eine Anschlusslösung finden in der Arbeitswelt. Aeschbachs Ziele sind klar: Individuelle Kompetenzbescheinigungen für Jugendliche ohne eidgenössischen Bildungsabschluss, höherer Stellenwert der niederschweligen Berufsbildung sowie verbesserte berufliche Integration und Durchlässigkeit. Ein Podiumsgespräch befasste sich mit der Bildung von beeinträchtigten Schülern und Anne Varenne, Präsidentin Thurgau, präsentierte die Forderungen hinsichtlich Lohnerhöhung und Pflichtpensum. Im Verlaufe des abschliessenden Teils wählten die Konferenzteilnehmer Rahel Sutter und Hubert Scherrer neu in den Konferenzvorstand.